

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 9

Artikel: Kleinstaaten als Regulativ gegen Zentralismus
Autor: Brückner, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092883>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Michael Brückner

Kleinstaat als Regulativ gegen Zentralismus

Mit dem geplanten Beitritt von Österreich sowie den schwach bevölkerten skandinavischen Nationen wird das Gewicht der Kleinstaaten innerhalb der Europäischen Union (EU) zweifellos gestärkt. Welche Rolle können diese Länder im künftigen Europa spielen? Eine seriöse Antwort wird durch die Tatsache erschwert, dass sich die europäischen Kleinstaaten sowohl im Hinblick auf den eigenen Souveränitätsanspruch als auch auf ihr politisches und wirtschaftliches Potential deutlich voneinander unterscheiden.

Die Entwicklung ist von gegenläufigen Tendenzen geprägt, was eine verlässliche Zukunftsprognose in hohem Masse erschwert: Während die Staaten der EU mit mehr oder weniger ausgeprägtem Engagement und begleitet von mahnenden Stimmen ihren steinigen Weg zum europäischen Bundesstaat fortsetzen — oder ihren Willen zur Fortsetzung zumindest offiziell bekunden —, entstanden nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa neue Kleinstaaten in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, aber auch all die anderen nunmehr selbständigen Staaten im früheren Jugoslawien oder in der zusammengebrochenen Sowjetunion liessen die Zahl der souveränen Nationen rapide ansteigen, was unter anderem zur weitgehenden Paralyse von Organisationen wie der KSZE beitrug.

Eine Frage der Definition

Ganz eindeutig führt der langfristige Trend keineswegs zum grossen, zentralistischen Staat. Diese Tatsache, die nicht zuletzt aus den Bedürfnissen der Völker nach Überschaubarkeit und kultureller Identität resultiert, hat Brüssel erst zur Kenntnis genommen, als der europäische Integrationsprozess infolge der Maastricht-Diskussion in eine existentielle Krise geraten war. Seither versuchen die Verantwortlichen, mit Begriffen wie «Subsidiarität» oder «Europa der Regionen» dieser Grundstimmung der Europäer zu entsprechen.

Und diese Grundstimmung scheint nicht weit entfernt von jener Erkenntnis, die Leopold Kohr schon 1957 formulierte: «Wo immer etwas falsch ist, ist es zu gross.» Der Österreicher erkannte in der Grösse das Problem der Schöpfung schlechthin und ein besonderes Problem der Politik.

Gehört dem souveränen, mit seinen Nachbarn aber durch ein engmaschiges Beziehungsgeflecht verbundenen Kleinstaat also die Zukunft, während sich die grossen Nationen als unfähig erweisen, ihre politischen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen? Oder aber werden die kleinen Nationen nicht längst von grossen Staaten dominiert? In Österreich taucht immer wieder die überspitzte und sicherlich demagogische Frage auf, wie unabhängig die Alpenrepublik eigentlich sein könne, wenn jede geldpolitische Entscheidung der Frankfurter Bundesbank in Minutenschnelle in Wien nachvollzogen werde... Jedenfalls zeigt dieser Einwurf, dass die Frage nach der Stellung von Kleinstaaten in einem von politischen und wirtschaftlichen Netzwerken überzogenen Europa beantwortet werden muss. Es macht sicher Sinn, zunächst den ganz und gar nicht homogenen Block der europäischen Kleinstaaten aufzusplitten. Grob gegliedert, lassen sich vier Gruppen ausmachen:

Unterschiedliche Prioritäten für Mikrostaaten

1. Die Mikrostaaten, manchmal verächtlich als «Operettenstaaten» bezeichnet. Hierbei handelt es sich um sehr kleine Nationen, deren Terrain maximal zehn Prozent der Fläche Luxemburgs ausmacht. Auf sie trifft die Definition von Oppenheim/Lauterpacht zu: «Very small, yet fully sovereign states.» Zu dieser Gruppe gehören das Fürstentum Liechtenstein, San Marino, Andorra, Monaco, Malta und — als Sonderfall — der Vatikan.

Diese Länder geniessen zwar Souveränität, stehen aber in einem sehr engen Verhältnis zu ihren «grossen» Nachbarn, dem teilweise sogar wichtige Staatsaufgaben übertragen wurden. In diesem

Die Entwicklung ist von gegenläufigen Tendenzen geprägt, was eine verlässliche Zukunftsprognose in hohem Masse erschwert.

Zusammenhang wäre die Zoll- und Währungsunion Liechtensteins mit der Schweiz ebenso zu erwähnen wie zum Beispiel die skurrile Tatsache, dass die Regierung von Monaco auf Vorschlag Frankreichs vom Fürsten ernannt wird.

Die Regierungen dieser Mikrostaaten folgen in ihrer Europapolitik höchst unterschiedlichen Prioritäten. Während die Mittelmeerrepublik Malta bereits im Juli 1990 Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft stellte, gehörte Andorra bis 1990 nicht einmal zum Zollgebiet der EG. Die Bürger des Fürstentums Liechtenstein wiederum votierten im Dezember 1992 im Gegensatz zu den Schweizern für einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Lettland erwartet Sie

Nach 50 Jahren Fremdherrschaft und Isolierung ist Lettland wieder auf dem Rückweg nach Europa. Riga-Reisen erschliesst ein Land mit unberührter Natur, reicher Kultur und vermittelt nicht alltägliche Einblicke in die Probleme einer Gesellschaft im dramatischen Wandel von Kommunismus zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Achttägige Informationsreise

«Lettland – Land im Umbruch» Fr. 1490.–

Acht Tage «Romantisches Lettland» Fr. 1430.–

Acht Tage «Baltische Hauptstädte» Fr. 1390.–

Verlangen Sie nähere Auskünfte über unsere vielfältigen Angebote.

Riga Reisen

Telefon 063 61 07 70

Eigene Integrationsmodelle für Kleinstaaten

2. Die eigentlichen Kleinstaaten: Hierzu zählen nach allgemeinem Verständnis sowohl flächenmässig als auch im Hinblick auf die Einwohnerzahlen kleine Staaten, die aber ihre Souveränitätsrechte voll ausschöpfen. All diese Länder verfügen etwa über eine eigene Währung. Luxemburg nimmt aufgrund seiner Währungsunion mit Belgien eine Sonderrolle ein, obwohl das Grossherzogtum natürlich eigenständig Luxemburger Franc ausgibt, die allerdings im Verhältnis 1:1 mit den belgischen Franc stehen. Als Beispiele für solche «klassischen» Kleinstaaten wären die Schweiz, Österreich, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Dänemark, aber auch Slowenien, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, die baltischen Staaten und Zypern zu nennen.

Diese Auflistung lässt erkennen, dass viele Kleinstaaten bereits seit Jahrzehnten der EG bzw. der heutigen EU angehören. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, dass die EU-Kleinstaaten entweder untereinander oder mit anderen Nachbarstaaten verschiedene Integrationsmodelle verwirklicht haben. Die wohl bekanntesten Beispiele stellen die Benelux-Zusammenarbeit sowie die bereits erwähnte belgisch-luxemburgische Währungsunion dar. Dänemark wiederum ist als Mitglied im Nordischen Rat mit den anderen skandinavischen Staaten eng verbunden.

3. Bevölkerungarme Staaten: Ein Blick auf die Karte beweist, dass die EU ihre Fläche nach einem Beitritt aller skandinavischen Staaten beträchtlich ausdehnen würde. Die Zahl der EU-Bürger erhöhte sich freilich nur um knapp 18 Millionen. Zum Vergleich: Die Bevölkerungszahl der Niederlande liegt bei über 15 Millionen. Alle diese bevölkerungsarmen Staaten wollen zum 1. Januar 1995 Mitglieder der EU werden. Das letzte Wort haben die Bürger.

4. Die ökonomischen Kleinstaaten: Sie sind hinsichtlich ihrer Fläche grösser als die «klassischen» Kleinstaaten, weisen jedoch — mit Ausnahme Irlands — höhere Einwohnerzahlen auf als die bevölkerungsarmen Länder Europas. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf liegt in diesen Staaten deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Als Beispiele wären neben Irland zuerst Portugal und Griechenland sowie — unter paneuropäischem Aspekt — Bulgarien zu nennen.

Unverkennbar, die europäischen Kleinstaaten weisen erhebliche Unterschiede auf, ihre Interessenlage ist in den seltensten Fällen identisch. Das Banken- und Dienstleistungszentrum Luxemburg mit

Je mehr Kleinstaaten der Union aber angehören, desto grösser das Mass an Einflussnahme auf die Entscheidungen des Ministerrats.

Gerade die letzten Jahre bewiesen, dass die grossen Nationen der EU nicht immer das Tempo der Integration und der Harmonisierung bestimmen.

Der in der Regel sehr viel direktere Umgang der Menschen dieser Länder mit der Demokratie könnte als Regulativ gegen den evidenten Brüsseler Zentralismus wirken.

dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen innerhalb der EU setzt zwangsläufig andere Prioritäten als etwa die mediterrane Insel Malta. Die europäischen Kleinstaaten — gleich, ob Mitglieder der EU oder nicht — sind deshalb kaum in der Lage, ihre Positionen gemeinsam zu vertreten.

Reformen drängen sich auf

Je mehr Kleinstaaten der Union aber angehören, desto grösser das Mass an Einflussnahme auf die Entscheidungen des Ministerrats. Bislang erschienen diese EU-Länder bei den Abstimmungen geradezu als «Juniorpartner» der mächtigeren Nationen. Zwei grössere Mitgliedstaaten konnten bisher zusammen mit einem Kleinstaat eine Entscheidung des EU-Ministerrats blockieren. Mit der Erweiterung der Union um Finnland, Schweden, Norwegen und Österreich müsste sich diese Sperrminorität eigentlich in einer Weise verändern, die den Kleinstaaten mehr Einfluss sichern würde. Auf massiven Druck Londons wurde diese Neuregelung verwässert. Die Praxis muss zeigen, ob der nun gefundene Kompromiss (Einführung einer neuen Sperrminorität, aber Fortsetzung der Verhandlungen bei Erreichen der alten Sperrminorität) überhaupt umsetzbar erscheint.

Der Luxemburger Premierminister Jacques Santer betonte anlässlich des SOI-Seminars «Kleinstaaten in Gesamteuropa» («zeitbild» 7/94) zwar, alle EU-Mitgliedsländer müssten an der Spitze der Brüsseler Behörde mit einem Kommissar vertreten sein, um sicherzustellen, «dass die Interessen jedes einzelnen Mitgliedstaates von vorneherein berücksichtigt worden sind». Das klingt einleuchtend. Doch was, wenn spätestens im nächsten Jahrzehnt auch Staaten wie Malta oder Zypern der EU angehören? Was, wenn früher oder später die anderen Mikrostaaten folgen? Kann dann wirklich noch jeder Mitgliedstaat das Amt eines EU-Kommissars beanspruchen? Wäre Malta zum Beispiel in der

Lage, die sechsmonatige Ratspräsidentschaft im Ministerrat zu übernehmen, eine Aufgabe, die schon das Grossherzogtum Luxemburg oder Belgien vor Probleme stellt? Schwer denkbar. Die Reform der europäischen Institutionen muss deshalb die zunehmende Zahl von Kleinstaaten angemessen berücksichtigen.

Gerade die letzten Jahre bewiesen jedoch, dass die grossen Nationen der EU nicht immer das Tempo der Integration und der Harmonisierung bestimmen. Es war Dänemark, das den Maastricht-Prozess zunächst stoppte, das Projekt fast zum Scheitern gebracht hätte und seinen Widerstand erst dann aufgab, als die übrigen Partner dem nordischen Land zahlreiche Sonder- und Ausnahmeregelungen zubilligten. Luxemburg wiederum widersetzt sich hartnäckig dem Druck der übrigen EU-Mitglieder — insbesondere der Nachbarländer Deutschland und Belgien —, einer Harmonisierung der Zinsbesteuerung zuzustimmen. Da in Steuerfragen innerhalb der Union nach wie vor das Einstimmigkeitsprinzip besteht, fällt in diesem Bereich selbst dem kleinsten Mitgliedstaat eine letztlich entscheidende Rolle zu.

Selbstverständlich bestehen in den grossen, bisher noch dominierenden Mitgliedstaaten der EU Bedenken hinsichtlich der Aufnahme zahlreicher neuer Kleinstaaten, könnten diese doch völlig neue Koalitionen eröffnen. Ebenso verständlich erscheint die Angst der Kleinstaaten, von Nationen wie Frankreich, Grossbritannien, Spanien oder Deutschland bevormundet zu werden. Die EU könnte indessen von der Integration von Kleinstaaten nur profitieren. Denn nicht nur, dass diese Staaten «trotz ihrer geringen Grösse ihre internationale Rolle sehr effizient spielen» (wie die ehemalige Generalsekretärin des Europarats, Cathérine Lalumière, einmal betonte), der in der Regel sehr viel direktere Umgang der Menschen dieser Länder mit der Demokratie könnte vielmehr als Regulativ gegen den evidenten Brüsseler Zentralismus wirken. ■

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 331 27 75

... Steiger druckt's